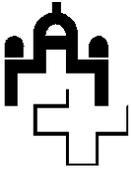


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



RehaKo 05-04 Fall René Moritz

Entscheid der Rehabilitierungskommission vom 21. September 2005

1. Die Rehabilitierungskommission der Bundesversammlung stellt fest, dass das vom Territorialgericht I am 11. Mai 1943 gegen René Moritz ausgesprochene Strafurteil mit dem Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus per 1. Januar 2004 aufgehoben worden ist.
2. Diese Feststellung wird in geeigneter Weise bekannt gemacht.
3. Es werden keine Verfahrenskosten erhoben.

Im Namen der Kommission
Die Präsidentin:

Françoise Saudan



Erwägungen:

1. René Moritz, geboren am 8. Oktober 1906, Sohn des Joseph und der Joséphine, geborene Bernard, französischer Staatsangehöriger, damals wohnhaft in Rechésy (F), erhielt im Januar 1943 ein Aufgebot für ein Arbeitslager. Um nicht mit den Deutschen kollaborieren zu müssen, flüchtete er am 17. Januar 1943 in die Schweiz. Anlässlich dieser Flucht führte er zwei holländische Flüchtlinge und einen holländischen Offizier ausserhalb der offiziellen Grenzübergänge in die Schweiz. Dem holländischen Offizier hatte er bereits am 6. Juni 1942 einen Weg gezeigt, auf welchem er ausserhalb der offiziellen Grenzübergänge in die Schweiz gelangen konnte. Er kehrte aber vorübergehend nach Frankreich zurück.

In der Folge befand das für die Westschweiz zuständige Territorialgericht I René Moritz am 11. Mai 1943 der Fluchthilfe schuldig. Wegen der Fluchthilfe, wegen des eigenen illegalen Grenzübertritts sowie wegen der weiteren Beihilfe zu einem illegalen Grenzübertritt beziehungsweise aufgrund der dadurch begangenen Widerhandlungen gegen die Bundesratsbeschlüsse vom 13. Dezember 1940 und vom 25. September 1942 betreffend die teilweise Grenzschiessung (AS 58 [1942] 893 / AS 56 [1940] 2001) verurteilte ihn das Gericht wegen Ungehorsams sowie wegen Beihilfe zu Ungehorsam gegen allgemeine Anordnungen im Sinne von Artikel 107 des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927 (MStG; AS 43 [1927] 359) zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Mit dem Bundesratsbeschluss vom 13. Dezember 1940 war eine teilweise Grenzschiessung verfügt worden und die Einreise nur noch an offiziellen Grenzposten zulässig. Fluchthelfer machten sich der Beihilfe zu einer Widerhandlung gegen diesen Bundesratsbeschluss und insoweit auch des Ungehorsams gegen allgemeine Anordnungen im Sinne von Artikel 107 MStG schuldig. Mit der am 25. September 1942 beschlossenen Änderung des Bundesratsbeschlusses vom 13. Dezember 1940 wurde die Fluchthilfe zum eigenständigen Delikt erhoben.

2. Das Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus (im Folgenden: Bundesgesetz; SR 371) hebt alle Strafurteile gegen Menschen auf, die verfolgten Mitmenschen zur Zeit des Nationalsozialismus zur Flucht verhelfen oder dazu Beihilfe leisteten, und rehabilitiert die Flüchtlingshelfer (Art. 1 bis 4). Ergänzend soll die Begnadigungskommission der Bundesversammlung auf Gesuch hin oder von Amtes wegen als Rehabilitierungskommission prüfen und feststellen, ob beziehungsweise dass der generelle Aufhebungsbeschluss ein konkretes Strafurteil erfasst (Art. 6 Abs. 1; Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 29. Oktober 2002, BBl 2002 7781, Ziff. 3).

Nicht Aufgabe der Rehabilitierungskommission ist es hingegen, die betroffenen Flüchtlingshelfer noch einmal zu rehabilitieren.

3. Die Aufhebung aller Strafurteile wegen Fluchthilfe erfolgte, weil diese Urteile aus heutiger Optik als schwerwiegende Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens betrachtet werden. Insoweit wird der seit den Urteilssprüchen eingetretenen Entwicklung und den seither veränderten Auffassungen, insbesondere auch der Rechtsentwicklung im Bereich des Grundrechtsschutzes Rechnung getragen.

Nach Artikel 4 des Bundesgesetzes werden alle, welche wegen Fluchthilfe zu Gunsten von Verfolgten des Nationalsozialismus verurteilt wurden, im Sinne einer moralischen



Wiedergutmachung rehabilitiert. Diese Rehabilitierung ist zu unterscheiden von der Rehabilitation (Aufhebung von Nebenstrafen) nach Artikel

77 ff. des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0). Im Gegensatz zu früheren Rehabilitierungen erfolgt die Rehabilitierung nun nicht mehr bloss per Erklärung des Bundesrates, sondern durch das Gesetz.

Erfolgte die Verurteilung gleichzeitig wegen anderer Straftaten, so erfasst die Aufhebung auch diese, sofern sie auf Grund einer Gesamtwürdigung als untergeordnet erscheinen (Art. 5).

4. Die Aufhebung der Strafurteile hat insoweit «rückwirkenden Charakter [Aufhebung ex tunc]», als davon ausgegangen wird, dass solche Urteile unter heutigen Gesichtspunkten so nicht rechtmässig erlassen werden könnten. «Nicht rückwirkend [ex nunc]» erfolgt die Aufhebung insoweit, als verschiedene Rechtsfolgen der Verurteilungen naturgemäss nicht rückgängig gemacht werden können.

In diesem Sinne wird denn auch in Artikel 13 des Bundesgesetzes festgehalten, dass Feststellungsentscheide über die Aufhebung von Strafurteilen keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Genugtuung begründen.

5. Die Feststellung der Aufhebung des Strafurteils gegen René Moritz erfolgt von Amtes wegen (Art. 6 Abs. 1), und der entsprechende Entscheid kann innerhalb der vom Bundesgesetz festgelegten Frist getroffen werden (Art. 8).

6. René Moritz wurde am 11. Mai 1943 vom Territorialgericht I wegen Fluchthilfe beziehungsweise Widerhandlung gegen die Bundesratsbeschlüsse vom 13. Dezember 1940 und vom 25. September 1942 betreffend die teilweise Grenzschiessung und damit wegen Ungehorsams beziehungsweise Beihilfe zu Ungehorsam gegen allgemeine Anordnungen im Sinne von Artikel 107 MStG schuldig gesprochen und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Es steht daher fest, dass dieses Urteil durch das Bundesgesetz aufgehoben worden ist.

7. Das Dispositiv der zu treffenden Feststellung ist in geeigneter Weise bekannt zu machen (Art. 11 Abs. 2).

Die Rehabilitierungskommission informiert über ihre Feststellungsentscheide auf ihrer Internetseite und mit Pressemitteilungen. Liegen Anzeichen vor, dass die betroffene Person oder deren Angehörige mit einer Veröffentlichung des Feststellungsentscheids nicht einverstanden wären, teilt die Kommission lediglich mit, dass sie einen Entscheid gefällt hat und führt in anonymisierter Form die der Rehabilitierung zugrunde liegenden Umstände auf.

Da vorliegend keinerlei Hinweise erkennbar sind, dass René Moritz oder Angehörige von René Moritz Einwände gegen eine Veröffentlichung des vorliegenden Feststellungsentscheids erheben könnten, wird dieser integral veröffentlicht.

Das Verfahren ist kostenlos (Art. 12).

Die Entscheide der Kommission sind letztinstanzlich (Art. 11 Abs. 3).